

**Antwort  
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Werner Schulz (Berlin),  
Dr. Klaus-Dieter Feige und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
— Drucksache 12/5567 —**

**Die finanzpolitischen Folgen der Wirtschaftskrise**

Die Bundesregierung hat sich geweigert, die Kleine Anfrage der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 12/4926) vollständig zu beantworten. Sie hat dies mit dem Fehlen von aktuellen Daten der Steuerschätzung und der noch ausstehenden finanzpolitischen Festlegungen im Finanzplanungsrat begründet, obwohl ein Teil der nicht beantworteten Fragen sich auf die Erwartungen der Bundesregierung zur allgemeinen wirtschaftspolitischen Entwicklung bezogen hatte. Diese Fragen werden – in einer erweiterten Fassung – der Bundesregierung erneut vorgelegt. Dies ist schon deshalb notwendig, als sich in der Zwischenzeit die finanzpolitischen Projektionen der Bundesregierung erneut als unzutreffend erwiesen haben. Die vorliegenden Eckwerte zum Bundeshaushalt 1994 und zur mittelfristigen Finanzplanung („Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm“) belegen, daß die Vereinbarungen zum Solidarpakt keine ausreichende Grundlage für eine solide Finanzpolitik geschaffen hatten.

Der Bundeskanzler hatte noch am 26. März 1993 betont: „Mit dem Ergebnis des Bonner Solidarpakts haben wir die Finanzgrundlagen für die vor uns liegenden Jahre bis 1995 und darüber hinaus gesichert.“ Der Bundeskanzler hat sich erneut geirrt. Der Solidarpakt geht zu Lasten zukünftiger Generationen. Der Schuldenberg wird weiterhin dramatisch ansteigen. Die konjunkturellen Etatisiken der Bundesanstalt für Arbeit und bei den Steuereinnahmen wurden nicht ausreichend berücksichtigt. Die Schuldenentwicklung der regulären Haushalte ist dabei nur die halbe Wahrheit: Die Nebenhaushalte – Treuhandanstalt, ostdeutsche Wohnungswirtschaft, Kreditabwicklungsfonds, Fonds

Deutsche Einheit – sind inzwischen zu den Hauptposten der Schuldenentwicklung geworden. Die Bundesbank hat zu Recht festgestellt, daß die Staatsschulden zunehmend in Sonder- und Nebenhaushalten versteckt werden. Der für die Zeit nach 1995 einzurichtende Erblastenfonds wird deutlich höhere Schulden umfassen als die jetzt veranschlagten 400 Mrd. DM. Der Solidarpakt garantiert keine Konsolidierung der Finanzen, der Anstieg der öffentlichen Verschuldung hält unvermindert an.

Schon 1992 hat der Bundesrechnungshof festgestellt, daß die hohe Staatsverschuldung den Handlungsspielraum der Finanzpolitik immer stärker einengt und die Kreditaufnahme in ihrer Funktion als Instrument zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben eingeschränkt wird (Drucksache 12/1150, Nr. 2.13.5). Auch am Bezugspunkt des Sachverständigenrats, der ein „dramatisches Bild“ der Staatsfinanzen feststellte, hat sich nichts geändert: „Die für eine Konsolidierung notwendige und überfällige Neuorientierung der Ausgabenpolitik blieb quantitativ und qualitativ weitgehend aus.“ (Drucksache 12/3774, S. 139). Trotz der Ernüchterung über die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nach der Wiedervereinigung sind die finanzpolitischen Weichen nicht neu gestellt worden. Die Stunde der Wahrheit steht noch aus. Die Bundesregierung darf nicht länger versuchen, die finanzpolitische Lage durch wirklichkeitsfremde Projektionen der konjunkturellen Entwicklung zu verschleiern. Ebenso notwendig ist eine vollständige Darlegung der finanzpolitischen Situation und eine lückenlose Aufklärung über die finanzpolitischen Folgen des „Föderalen Konsolidierungsprogramms“.

### Vorbemerkungen

Die Bundesregierung hatte die letzte Kleine Anfrage (Der Solidarpakt und die Neuordnung des Finanzausgleichs; Drucksache 12/4926) entsprechend der zu dem damaligen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Daten beantwortet. Dies gilt auch für den jetzt vorgelegten umfangreichen Fragenkatalog.

Es liegt in der Natur der Sache, daß Prognosen durch unvorhergesehene Entwicklungen oder Verzögerungen revidiert werden müssen. Die Bundesregierung stützt sich dabei auf den Sachverständ der nationalen und internationalen Wirtschaftsexperten, die gerade in den letzten zwölf Monaten ihre Wachstumserwartungen mehrfach nach unten angepasst haben.

Die deutsche Finanzpolitik hat gegenwärtig zwei Herausforderungen zu bewältigen:

- Die Finanzierung des Umstrukturierungsprozesses in den neuen Ländern sowie dessen soziale Flankierung.
- Die Überwindung der Rezession und die Bewältigung der aus ihr resultierenden Zusatzbelastungen.

Mit dem Föderalen Konsolidierungsprogramm als Beitrag des Bundes zum Solidarpakt wurden erste entscheidende Weichenstellungen getroffen: Durch die Einbeziehung der neuen Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich konnte eine sichere finanzpolitische Grundlage für den Aufbauprozeß erreicht werden.

Die sich im Frühjahr abzeichnende Defizitentwicklung 1993 und 1994 machte zusätzliche Sparanstrengungen unumgänglich. Die Maßnahmen des Spar-, Wachstums- und Konsolidierungsprogramms bewirken, daß die Nettokreditaufnahme 1994 das Vorjahresniveau nicht überschreiten wird.

Der Anstieg der Nettokreditaufnahme des Bundes von 52 Mrd. DM (1991) über 38,6 Mrd. DM (1992) auf rd. 70 Mrd. DM im laufenden Jahr ist konjunkturell zu erklären. Die konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen und Mehrausgaben – insbesondere an die Bundesanstalt für Arbeit – machen in diesem Jahr rd. 25 Mrd. DM aus.

In einem wirtschaftlichen Abschwung hätten entsprechend hohe Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen prozyklisch gewirkt und den wirtschaftlichen Aufschwungprozeß erheblich verzögert.

Es kann keine Rede davon sein, daß es bei der Ausgabenpolitik nicht zu Neuorientierungen gekommen sei angesichts der großen Herausforderung „Deutsche Einheit“ und der damit verbundenen jährlichen Transfers in dreistelliger Milliardenhöhe. Die finanzpolitischen Weichen wurden vielmehr grundlegend neu gestellt:

- Umfangreiche Umschichtungen wurden durchgeführt – dies belegt auch der jüngst veröffentlichte Subventionsbericht.
- Die Einbeziehung der neuen Länder in den Finanzausgleich ist umgesetzt.

- Ein Großteil der Ressort-Einzelpläne weist einen realen – zum Teil sogar nominalen – Rückgang auf.
- Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen werden verbessert, so z. B. durch die beschlossenen Steuersenkungen für gewerbliche Einkünfte im Rahmen des Standortsicherungsgesetzes.

Das Föderale Konsolidierungsprogramm enthält ferner eine Regelung zu dem vorübergehend notwendigen einigungsbedingten „Sonderfinanzierungsinstrument“. Diese zur Bewältigung der Sondersituation „Vereinigung“ eingerichteten Haushalte wurden zu keinem Zeitpunkt „versteckt“; die Höhe und Struktur der jeweiligen Budgets wurden laufend veröffentlicht. Zum 1. Januar 1995 werden die Verbindlichkeiten der Treuhandanstalt, des Kreditabwicklungsfonds und Teile der Altschulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft im „Erblastentilgungsfonds“ zusammengefaßt. Nach 1995 auflaufende Verbindlichkeiten, z. B. aus der Sanierung der verbleibenden Treuhand-Unternehmen oder aus eingegangenen Verpflichtungen im Zusammenhang mit ökologischen Altlasten, werden aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt. Es ist vorgesehen, den Erblastentilgungsfonds im Laufe von rd. 30 Jahren zu tilgen. Für Zins- und Tilgungsleistungen sind im Finanzplan 1993 bis 1997 mindestens 30 Mrd. DM jährlich veranschlagt.

#### *I. Zur wirtschaftlichen Entwicklung*

1. Wie entwickelte sich das Bruttoinlandsprodukt (in den jeweiligen Preisen, in Preisen von 1985 und Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in v. H.)
  - a) in der alten Bundesrepublik Deutschland bzw. westlichen Bundesländern in den Jahren 1980 bis 1992,
  - b) in den neuen Bundesländern von 1990 bis 1992,
  - c) in der gesamten Bundesrepublik Deutschland von 1990 bis 1992?

Welche entsprechenden Zahlen – für Westdeutschland, die neuen Länder und die gesamte Bundesrepublik Deutschland – erwartet die Bundesregierung nach ihrem derzeitigen Kenntnisstand in den Jahren 1993 und 1994?
2. Welche Zahlen ergeben sich – aufgegliedert wie in Frage 1 – entsprechend für die Entwicklung des Bruttosozialprodukts?

Das Statistische Bundesamt hat im September 1993 revidierte Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen veröffentlicht. Zugleich wurden die Angaben in konstanten Preisen sowie zur Preisentwicklung auf das neue Preisbasisjahr 1991 umgestellt. Die Angaben zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und des Bruttosozialprodukts können der nachstehenden Tabelle entnommen werden. Da für die neuen Länder Jahreswerte erstmalig ab dem Jahr 1991 vorliegen, können entsprechend Veränderungsraten erst ab dem Jahr 1992 ermittelt werden; dies gilt analog auch für die gesamtdeutschen Ergebnisse. Für die Jahre 1993 und 1994 sind die gerundeten Eckwerte der Vorausschätzungen der Bundesregierung vom April 1993 angegeben, die auch der letzten Steuerschätzung sowie der Haushalt- und Finanzplanung zugrunde gelegt wurden.

Jahr	Bruttoinlandsprodukt – jeweilige Preise –		Bruttoinlandsprodukt – Preise von 1991 –		Bruttosozialprodukt – jeweilige Preise –		Bruttosozialprodukt – Preise von 1991 –	
	Mrd. DM	v. H. geg. Vj.	Mrd. DM	v. H. geg. Vj.	Mrd. DM	v. H. geg. Vj.	Mrd. DM	v. H. gég. Vj.
Alte Länder								Alte Länder
1980	1 472,03	6,0	2 018,00	1,0	1 477,40	6,0	2 025,50	0,9
1981	1 534,97	4,3	2 020,00	0,1	1 539,60	4,2	2 026,30	0,0
1982	1 588,09	3,5	2 001,00	- 0,9	1 590,30	3,3	2 004,10	- 1,1
1983	1 668,54	5,1	2 036,20	1,8	1 675,70	5,4	2 045,20	2,1
1984	1 750,89	4,9	2 093,50	2,8	1 763,30	5,2	2 108,40	3,1
1985	1 823,18	4,1	2 136,00	2,0	1 834,50	4,0	2 149,30	1,9
1986	1 925,29	5,6	2 186,10	2,3	1 936,10	5,5	2 198,60	2,3
1987	1 990,48	3,4	2 218,40	1,5	2 003,00	3,5	2 232,60	1,5
1988	2 095,98	5,3	2 301,00	3,7	2 108,00	5,2	2 314,30	3,7
1989	2 224,44	6,1	2 384,40	3,6	2 249,10	6,7	2 410,90	4,2
1990	2 425,20	9,0	2 250,40	5,7	2 448,20	8,9	2 544,20	5,5
1991	2 635,00	8,7	2 635,00	4,5	2 653,70	8,4	2 653,70	4,3
1992	2 794,20	6,0	2 676,00	1,6	2 798,80	5,5	2 680,50	1,0
1993	.	2	.	- 1½	.	1½	.	- 2
1994	.	4	.	knapp 1½	.	4	.	knapp 1½
Neue Länder								Neue Länder
1991	180,87	.	180,87	.	190,06	.	190,06	.
1992	233,42	29,1	198,41	9,7	245,26	29,0	209,67	10,3
1993	.	17½	.	5	.	16½	.	4½
1994	.	12	.	6½	.	11½	.	6
Deutschland								Deutschland
1991	2 815,87	.	2 815,87	.	2 843,76	.	2 843,76	.
1992	3 027,62	7,5	2 874,41	2,1	3 044,06	7,0	2 890,17	1,6
1993	.	3	.	- 1	.	2¾	.	- 1¼
1994	.	4½	.	1½	.	4½	.	1½

Angaben bis 1992: Statistisches Bundesamt.

Angaben ab 1993: Eckwerte der Vorausschätzungen der Bundesregierung vom April 1993.

3. Wie entwickelte sich das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (jeweils in Preisen von 1985 und in den jeweiligen Preisen) in der gesamten Bundesrepublik Deutschland – einschließlich (ab 1990) neue Bundesländer – in den Jahren 1980 bis 1992?

Welche entsprechenden Zahlen ergeben sich nach dem derzeitigen Kenntnisstand der Bundesregierung für die Jahre 1993 und 1994?

Welche Zahlen ergeben sich entsprechend beim Bruttosozialprodukt?

Die Angaben können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr	BIP je Einwohner – jeweilige Preise –		BIP je Einwohner – Preise von 1991 –		BSP je Einwohner – jeweilige Preise –		BSP je Einwohner – Preise von 1991 –	
	Tsd. DM	v. H. geg. Vj.	Tsd. DM	v. H. geg. Vj.	Tsd. DM	v. H. geg. Vj.	Tsd. DM	v. H. geg. Vj.
Alte Länder								
1980	23,91	.	32,78	.	24,0	.	32,90	.
1981	24,89	4,1	32,75	– 0,1	25,0	4,0	32,85	– 0,1
1982	25,76	3,5	32,46	– 0,9	25,8	3,4	32,51	– 1,0
1983	27,16	5,4	33,15	2,1	27,3	5,7	33,30	2,4
1984	28,62	5,4	34,22	3,2	28,8	5,7	34,47	3,5
1985	29,88	4,4	35,00	2,3	30,1	4,3	35,22	2,2
1986	31,53	5,5	35,80	2,3	31,7	5,5	36,00	2,2
1987	32,56	3,3	36,29	1,4	32,8	3,4	36,52	1,4
1988	34,11	4,7	37,45	3,2	34,3	4,7	37,66	3,1
1989	35,84	5,1	38,42	2,6	36,2	5,6	38,85	3,1
1990	38,34	7,0	39,85	3,7	38,7	6,8	40,22	3,5
1991	41,12	7,3	41,12	3,2	41,4	7,0	41,42	3,0
1992	43,08	4,7	41,25	0,3	43,1	4,2	41,32	– 0,2
1993	.	½	.	– 2½	.	½	.	– 3
1994	.	3	.	½	.	3	.	½
Neue Länder								
1991	11,37	.	11,37	.	11,95	.	11,95	.
1992	14,84	30,5	12,61	11,0	15,59	30,5	13,33	11,6
1993	.	18½	.	6	.	17½	.	5
1994	.	13	.	7	.	12½	.	6½
Deutschland								
1991	35,21	.	35,21	.	35,55	.	35,55	.
1992	37,57	6,7	35,66	1,3	37,77	6,2	35,86	0,9
1993	.	2	.	0	.	2	.	– 2
1994	.	4	.	1	.	4	.	1

4. Wie verlief die Entwicklung der Verbraucherpreise (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in v. H.) in den Jahren 1982 bis 1992?

Welche Entwicklung der Verbraucherpreise (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in v. H.) erwartet die Bundesregierung nach ihrem derzeitigen Kenntnisstand für Westdeutschland, Ostdeutschland (neue Bundesländer) und die gesamte Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1993 und 1994?

Aus methodischen Gründen der Vergleichbarkeit mit den übrigen gesamtwirtschaftlichen Daten wird in der nachstehenden Tabelle die Entwicklung der Verbraucherpreise durch den Preisindex für den Privaten Verbrauch lt. Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung abgebildet.

5. Welche Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt erwartet die Bundesregierung in Westdeutschland, Ostdeutschland (neue Bundesländer) und der gesamten Bundesrepublik Deutschland – aufgeteilt nach Zahl der Erwerbspersonen, registrierten Arbeitslosen, beschäftigten Arbeitnehmern – in den Jahren 1993 und 1994?

Wie hoch ist im gleichen Zeitraum dabei jeweils die Quote der Arbeitslosen bezogen

- auf alle Erwerbspersonen und
- b) auf die abhängigen Erwerbspersonen?

Welches sind – nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung – die entsprechenden Zahlen für die USA, Japan und die EG-Mitgliedstaaten?

In welcher Höhe erwartet die Bundesregierung im gleichen Zeitraum jeweils die Zahl der Kurzarbei-

#### Preisindex für den Privaten Verbrauch

Jahr	Alte Länder		Neue Länder	
	v. H. geg. Vj.	Jahr	v. H. geg. Vj.	Jahr
1980	5,8	1991		
1981	6,2	1992	10,1	
1982	5,1	1993	8	
1983	3,2	1994	4½	
1984	2,5			
1985	1,8			Deutschland
1986	- 0,6			
1987	0,5			Jahr v. H. geg. Vj.
1988	1,3			
1989	2,9			1991
1990	2,7			1992
1991	3,7			4,7
1992	4,0			1993
1993	4			4½
1994	3			3½

Angaben bis 1992: Statistisches Bundesamt.

Angaben ab 1993: Eckwerte der Vorausschätzungen der Bundesregierung vom April 1993.

ter (Vollzeitäquivalent), Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Teilnehmern an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung und Personen im vorzeitigen Ruhestand in Westdeutschland, den neuen Ländern und der gesamten Bundesrepublik Deutschland?

Die von der Bundesregierung erwartete Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt in den Jahren 1993 und 1994 kann den folgenden Tabellen entnommen werden. Wegen der hohen innerdeutschen Pendlerströme werden sämtliche Angaben sowohl nach dem Inlands- bzw. Arbeitsort- als auch nach dem Inländer- bzw. Wohnortkonzept ausgewiesen.

#### Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (Inlandskonzept)

	alte BL	1993		1994	
		in Tsd. neue BL	Insgesamt	alte BL	in Tsd. neue BL
Erwerbspersonen	31 275	7 294	38 569	31 355	7 224
geg. Vorjahr	- 20	- 220	- 240	80	- 70
darunter:					10
Arbeitslose	2 308	1 170	3 478	2 608	1 150
geg. Vorjahr	500	0	500	300	- 20
Erwerbstätige	28 967	6 124	35 091	28 747	6 074
geg. Vorjahr	- 520	- 220	- 740	- 220	- 50
Abhängig Beschäftigte	25 912	5 673	31 585	25 692	5 593
geg. Vorjahr	- 520	- 260	- 780	- 220	- 80
Selbständige u. ä.	3 055	451	3 506	3 055	481
geg. Vorjahr	0	40	40	0	30
Arbeitslosenquote					
v. H. der Erwerbspersonen	7,4	16,0	9,0	8,3	15,9
v. H. der abhängigen Erwerbspersonen	8,2	17,1	9,9	9,2	17,1
					10,7

## Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (Inlandskonzept)

	1993			1994		
	alte BL	in Tsd. neue BL	Insgesamt	alte BL	in Tsd. neue BL	Insgesamt
Erwerbspersonen	30 919	7 639	38 558	30 989	7 564	38 553
geg. Vorjahr	– 30	– 240	– 270	70	– 75	– 5
darunter:						
Arbeitslose	2 308	1 170	3 478	2 608	1 150	3 758
geg. Vorjahr	500	0	500	300	– 20	280
Erwerbstätige	28 611	6 469	35 080	28 381	6 414	34 795
geg. Vorjahr	– 530	– 240	– 770	– 230	– 55	– 285
Abhängig Beschäftigte	25 556	6 018	31 574	25 326	5 933	31 259
geg. Vorjahr	– 530	– 280	– 810	– 230	– 85	– 315
Selbständige u. ä.	3 055	451	3 506	3 055	481	3 536
geg. Vorjahr	0	40	40	0	30	30
Arbeitslosenquote						
v. H. der Erwerbspersonen	7,5	15,3	9,0	8,4	15,2	9,7
v. H. der abhängigen Erwerbspersonen	8,3	16,3	9,9	9,3	16,2	10,7

Amtliche Daten über die Anzahl der Kurzarbeiter, der Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Teilnehmern an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen und Personen im vorzeitigen Ruhestand stehen derzeit nicht zur Verfügung, da der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit noch nicht verabschiedet ist. Folgende Aufstellung gibt den aktuellen Stand von August 1993 wieder:

	West-deutschland	Ost-deutschland
Kurzarbeiter	398 000	143 000
Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (einschl. des Stabilisierungs-sonderprogramms und der Maßnahmen gem. § 249 h AFG)	42 000	210 000
Teilnehmer an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung	309 000	344 000
Bezieher von Altersübergangsgeld (übergesiedelt)	2 500	641 000
Bezieher von Vorruhestandsgeld	–	199 000

Der internationale Vergleich der Arbeitslosenquote wird durch die unterschiedlichen nationalen Erhebungskonzepte erschwert. In der folgenden Tabelle sind die Prognosen der EG-Kommission (Stand: Juni

1993) für die übrigen EG-Länder auf der Basis der zivilen Erwerbspersonen angegeben.

Die aus gleicher Quelle stammenden Angaben für Japan und die USA sind ebenso wie die Angaben der Bundesregierung für Deutschland auf die gesamten Erwerbspersonen bezogen.

## Internationaler Vergleich der Arbeitslosenquote

Land	1993	1994
	Arbeitslose in v. H. der zivilen Erwerbspersonen	Arbeitslose in v. H. der gesamten Erwerbspersonen
Belgien	12,3	13,0
Dänemark	12,3	11,8
Frankreich	11,8	12,3
Griechenland	9,7	10,2
Großbritannien	10,8	10,1
Irland	18,4	18,7
Italien	12,0	12,1
Luxemburg	1,6	1,4
Niederlande	7,2	8,2
Portugal	5,4	6,0
Spanien	22,6	23,8
Arbeitslose in v. H. der gesamten Erwerbspersonen		
Deutschland	9,0	9,7
– alte Länder	7,5	8,4
– neue Länder	15,3	15,2
USA	6,8	6,1
Japan	2,4	2,5

Quelle: EG-Kommission; die Angaben für Deutschland sind der vorhergehenden Tabelle entnommen.

6. Wie hoch war der jeweilige Umfang der öffentlichen Leistungen für die neuen Bundesländer in den Jahren 1990 bis 1992, unterteilt in Leistungen von Bund, Ländern (einschließlich Gemeinden), Fonds „Deutsche Einheit“ bzw. horizontaler und vertikaler Länderfinanzausgleich, Europäische Gemeinschaft, ERP, Bundesanstalt für Arbeit und der gesetzlichen Rentenversicherungen?

Wie hoch sind die entsprechenden Transferleistungen nach der Einschätzung der Bundesregierung in den Jahren 1993 bis 1997?

Wie hoch ist in den angegebenen Jahren der jeweilige Anteil der Transferleistungen am Brutto-sozialprodukt?

7. Wie hoch war der Gesamtumfang der öffentlichen Leistungen für die neuen Bundesländer in den Jahren 1990 bis einschließlich 1992?

Wie hoch sind die entsprechenden Transferleistungen nach der Einschätzung der Bundesregierung in den Jahren 1993 bis 1997?

Wie hoch ist in den angegebenen Jahren der jeweilige Anteil der gesamten Transferleistungen am Bruttosozialprodukt?

Die Leistungen für die neuen Länder betragen (Stand: Regierungsentwurf Bundeshaushalt 1994):

Die Bruttotransferleistungen bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt weisen folgende Anteile auf:

1991	1992	1993	1994
– v. H. –			
5,0	5,1	5,7	5,4

Für das Jahr 1990, dem Übergangsjahr von der „alten“ zur „neuen“ Bundesrepublik, in dem die Haushaltswirtschaft der ehemaligen DDR in das Haushaltssystem der Bundesrepublik Deutschland integriert worden ist und in dem die ersten Schritte zum Aufbau eines modernen Sozialsystems in den neuen Ländern realisiert worden sind, läßt sich keine tragfähige Transferrechnung aufstellen.

Die West-Ost-Transfers werden sich auch nach dem Jahr 1994 auf dem bisherigen hohen Niveau bewegen. Ab 1995 werden die neuen Länder in das System des neugeordneten bundesstaatlichen Finanzausgleichs eingegliedert.

	1991	1992	1993	1994
	– Mrd. DM –			
Bundeshaushalt	75	89	117	119
Fonds „Deutsche Einheit“ *)	31	24	15	5
EG	4	5	5	6
Rentenversicherung *)	–	5	11	12***)
Bundesanstalt für Arbeit **)	25	38	36	29***)
Länder/Gemeinden West	5	5	10	14
Bruttotransfers insgesamt	140	152	177	174
✓ Rückflüsse aus Ostdeutschland	33	37	39	42
Nettotransfers	107	115	138	132

\*) Bundeszuschüsse unter Zeile „Bundeshaushalt“, Länderzuschüsse unter Zeile „Länder/Gemeinden West“.

\*\*) Gesamtdefizit Ost einschl. Bundeszuschuß; um Doppelzählung zu vermeiden, geht in die Bruttotransfers jedoch nur der beitragsfinanzierte Teil ein.

\*\*\*) Erste grobe Schätzung.

*II. Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen*

8. Wie hoch war die Staatsquote (gesamte Staatsausgaben in v. H. des Bruttonsozialprodukts) in den Jahren 1982 bis 1992?

Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung nach ihrer Einschätzung die Staatsquote für die Jahre 1993 bis 1994?

Welches sind – nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung – die entsprechenden Quoten für die USA, Japan und die EG-Mitgliedstaaten?

**Staatsquote im internationalen Vergleich  
(Staatsausgaben in v. H. des BIP)**

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Deutschland a)	50,1	48,9	48,5	48,0	47,3	47,7	47,3	45,8	46,2	49,8	50,5	52,0	52,0
b)	49,0	47,8	47,4	47,0	46,4	46,7	46,3	44,8	45,2	48,7	49,4	51,8	52,7
USA	33,9	33,9	32,6	33,2	33,7	33,4	32,5	32,4	33,3	34,2	35,4	37,6	37,2
Japan	33,0	33,3	32,3	31,6	32,0	32,2	31,6	30,9	31,7	31,4	32,2	32,0	32,4
Belgien	56,3	55,9	54,9	54,5	54,1	52,6	50,5	49,3	49,1	50,0	50,8	57,5	56,9
Dänemark	61,2	61,6	60,4	59,3	55,7	57,3	59,4	59,6	58,3	58,7	59,5	61,4	63,0
Frankreich	50,3	51,4	51,9	52,1	51,3	50,9	50,0	49,1	49,8	50,6	52,0	54,4	55,6
Griechenland	39,6	41,7	44,4	48,8	47,7	48,4	47,9	49,4	52,5	51,5	48,3	51,5	50,1
Irland	55,1	55,0	53,2	54,3	54,1	52,0	48,5	41,6	42,4	42,9	43,9	43,6	44,0
Italien	47,6	48,7	49,3	50,9	50,7	50,2	50,3	51,3	53,2	53,6	53,2	55,9	55,2
Luxemburg	57,3*)	56,9*)	53,6*)	51,7	51,3	55,2	51,8	47,9	50,0	51,5	49,9	50,8	50,4
Niederlande	58,7	59,3	57,8	56,6	56,6	58,6	56,7	54,0	54,1	54,4	54,7	56,3	55,6
Portugal	43,0	47,9	44,4	43,4	44,0	43,5	43,5	41,9	42,9	44,7	46,1	46,6	45,1
Spanien	36,6	37,9	38,4	41,2	40,7	39,6	39,5	40,9	41,8	43,3	45,1	48,0	48,7
Vereinigtes Königreich	44,5	44,7	45,2	44,0	42,5	40,7	38,0	37,6	39,9	40,8	44,1	43,9	43,5

Quelle: OECD Economic Outlook Nr. 53, Juni 1993;

für 1993 und 1994 sowie für Luxemburg ab 1985: EG-Kommission: Wirtschaftliche Vorausschätzungen 1993 bis 1994 (überarbeitete Fassung), Juni 1993;

für Deutschland: ab 1991 Gebietsstand nach dem 3. Oktober 1990;

a) in der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung,

b) OECD.

\*) EG-Kommission: The Economic and Financial Situation in Luxembourg, September 1992.

9. Wie hoch war die Abgabenquote (Steuern und Sozialabgaben in v. H. des Bruttonsozialprodukts) in den Jahren 1982 bis 1992?

Wie hoch ist die Abgabenquote (unter Berücksichtigung der geplanten Veränderungen von Steuern und Sozialabgaben) nach Einschätzung der Bundesregierung in den Jahren 1993 und 1994?

Welches sind – nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung – die entsprechenden Quoten für die USA, Japan und die EG-Mitgliedstaaten?

Die Beantwortung ergibt sich aus der folgenden Tabelle. Die Zahlenangaben sind nur in v. H. des BIP, nicht in v. H. des BSP verfügbar. In den Jahren 1993 und 1994 schätzt die Bundesregierung die Abgabenquote auf 42 v. H. und 43 v. H. des BIP.

#### Abgabenquote im internationalen Vergleich<sup>1)</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in v. H. des BIP										
	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992 <sup>2)</sup>
<b>EG-Staaten</b>											
Belgien	46,4	46,4	47,4	47,9	47,2	47,6	46,1	44,4	44,9	44,9	45,4
Dänemark	44,5	46,5	47,6	49,0	50,8	51,5	51,7	50,7	48,5	48,3	48,9
Deutschland <sup>3)</sup> <sup>4)</sup>	40,5	39,9	39,8	40,3	39,8	39,9	39,6	40,1	38,6	41,0	41,9
Deutschland <sup>3)</sup>	37,7	37,4	37,6	38,1	37,7	38,0	37,7	38,2	36,8	39,2	40,0
Frankreich	42,8	43,6	44,6	44,5	44,0	44,5	43,8	43,7	43,8	44,2	43,7
Griechenland	33,4	33,9	34,9	35,1	36,9	37,3	34,7	33,3	36,1	38,3	–
Irland	36,8	38,3	39,2	38,0	38,8	38,9	40,4	36,9	36,8	37,5	38,0
Italien	33,7	35,8	34,9	34,5	36,0	36,1	36,7	37,9	39,1	39,7	42,4
Luxemburg	46,6	50,8	48,8	50,1	48,1	50,2	49,3	48,2	48,8	48,5	–
Niederlande	44,4	45,6	43,9	43,8	44,8	47,5	47,6	44,9	44,6	47,0	46,7
Portugal	31,1	32,9	32,2	31,6	33,4	31,5	34,6	35,1	34,8	35,6	37,8
Spanien	25,6	27,5	28,8	28,8	30,6	32,5	32,8	34,6	34,4	34,7	35,9
Vereinigtes Königreich	39,1	37,4	37,8	37,8	37,4	36,9	37,3	36,7	36,7	36,0	35,8
<b>Andere Staaten</b>											
Japan	26,6	27,0	27,1	27,6	28,4	29,7	30,3	30,7	31,4	30,9	30,2
Vereinigte Staaten	29,6	28,1	28,0	28,7	28,6	29,9	29,5	29,7	29,5	29,8	–

1) Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

2) Vorläufig.

3) Ab 1991 einschließlich der neuen Länder.

4) In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 1992, Paris 1993.

10. Wie hoch war die Steuerquote (Steuern in v. H. des Bruttosozialprodukts) in den Jahren 1982 bis 1992?

Wie hoch ist die Steuerquote (unter Berücksichtigung der geplanten Steuererhöhungen) nach Einschätzung der Bundesregierung in den Jahren 1993 und 1994?

Welches sind – nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung – die entsprechenden Quoten für die USA, Japan und die EG-Mitgliedstaaten?

Die Beantwortung ergibt sich aus der folgenden Tabelle. Die Zahlenangaben sind nur in v. H. des BIP, nicht in v. H. des BSP verfügbar. In den Jahren 1993 und 1994 schätzt die Bundesregierung die Steuerquote auf 24 v. H. und 24,5 v. H. des BIP.

Steuerquote im internationalen Vergleich<sup>1)</sup>

Land	Steuern in v. H. des BIP										
	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992 <sup>2)</sup>
<b>EG-Staaten</b>											
Belgien	31,8	31,2	31,3	32,2	31,3	31,5	30,4	29,1	29,4	29,0	29,1
Dänemark	43,2	44,7	45,7	47,2	49,2	49,6	50,3	49,3	47,0	46,9	47,4
Deutschland <sup>3)</sup> <sup>4)</sup>	23,8	23,8	23,7	24,0	23,5	23,5	23,3	24,1	22,7	23,7	24,3
Deutschland <sup>3)</sup>	24,0	23,9	23,9	24,2	23,7	23,8	23,6	24,4	23,0	23,9	24,5
Frankreich	24,5	24,7	25,4	25,2	25,1	25,4	24,9	24,6	24,5	24,8	24,1
Griechenland	22,0	21,7	22,8	22,6	24,9	25,7	24,0	22,8	25,8	26,7	–
Irland	31,3	32,6	33,4	32,4	33,3	33,4	34,8	31,6	31,3	31,8	32,2
Italien	21,4	23,3	22,8	22,5	23,7	23,7	24,5	25,3	26,3	26,6	29,1
Luxemburg	29,4	33,1	32,0	37,5	35,7	36,2	35,7	34,9	35,3	34,3	–
Niederlande	26,6	25,7	25,0	24,4	26,3	27,2	27,4	26,4	27,9	29,5	28,6
Portugal	22,3	24,4	23,9	23,4	24,4	22,6	25,3	25,9	25,2	25,8	28,1
Spanien	13,8	15,3	17,2	16,9	18,9	20,8	21,1	22,6	22,2	22,4	22,7
Vereinigtes Königreich	32,5	30,8	31,2	31,1	30,8	30,2	30,4	30,3	30,4	29,6	29,5
<b>Andere Staaten</b>											
Japan	18,6	19,0	19,3	19,3	19,9	21,2	21,8	22,1	22,3	21,6	21,1
Vereinigte Staaten	21,6	20,2	20,1	20,3	20,3	21,2	20,8	21,0	20,8	20,9	–

1) Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

2) Vorläufig.

3) Ab 1991 einschließlich der neuen Länder.

4) In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 1989, Paris 1990,

OECD-Revenue Statistics 1965 bis 1991, Paris 1992,

OECD-Revenue Statistics 1965 bis 1992, Paris 1993.

11. Wie hoch ist nach Einschätzung der Bundesregierung die zu erwartende gesamte Neuverschuldung der allgemeinen öffentlichen Haushalte (Bund, Länder und Gemeinden), der Sonderhaushalte (Fonds „Deutsche Einheit“, Kreditabwicklungsfonds, ostdeutsche Wohnungswirtschaft, Treuhandanstalt, ab 1995: Erblastenfonds, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen), Deutsche Bahnen (bzw. ab 1994 das entsprechende Sondervermögen), Deutsche Bundespost und den Förderbanken des Bundes (Kreditanstalt für Wiederaufbau, Deutsche Ausgleichsbank, Berliner Industriebank) in den Jahren 1993 bis einschließlich 1995?

Wie hoch war dementsprechend die gesamte Nettokreditaufnahme der angesprochenen Haushalte (soweit schon vorhanden) in den Jahren 1982 bis 1992?

12. Wie hoch ist nach Einschätzung der Bundesregierung die zu erwartende gesamte Neuverschuldung der in Frage 11 angesprochenen Haushalte (soweit schon vorhanden) in den Jahren 1993 bis einschließlich 1995?

Welche Zahlen ergeben sich entsprechend für die Jahre 1982 bis 1992?

13. Wie hoch ist nach Einschätzung der Bundesregierung die Gesamtverschuldung bei den einzelnen in Frage 11 genannten Institutionen (einschließlich Erblastenfonds) für die Jahre 1993 bis einschließlich 1995?

14. Wie hoch war die Gesamtverschuldung bei den einzelnen dem öffentlichen Bereich zuzuordnenden Haushalten – einschließlich der (soweit zum jeweiligen Zeitpunkt schon vorhandenen) in Frage 11 genannten Sonderhaushalte, Deutsche Bahnen, Deutsche Bundespost und den Förderbanken des Bundes – in den Jahren 1982 bis 1992?

15. Wie hoch ist nach Einschätzung der Bundesregierung die Gesamtverschuldung – unter Berücksichtigung der in Frage 11 genannten Institutionen (einschließlich Erblastenfonds) – für die Jahre 1993 bis einschließlich 1995?

Welche Zahlen ergeben sich entsprechend für die Jahre 1982 bis 1992?

Die Antworten zu den Fragen 11 bis 15 und 17 bis 23 ergeben sich – soweit es sich um öffentliche Haushalte handelt – aus der folgenden Übersicht.

#### Nettokreditaufnahme, Schuldenstände und Zinsausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
	– Mrd. DM –						
<b>Bund</b>							
Nettokreditaufnahme	37,2	31,5	28,3	22,4	22,9	27,5	35,4
Schuldenstand	308,5	341,6	365,5	392,4	413,4	440,5	475,2
Zinsausgaben	22,1	26,6	27,8	29,2	30,3	31,0	32,3
<b>Länder (West)<sup>2)</sup></b>							
Nettokreditaufnahme	24,0	21,6	19,4	17,2	16,8	18,7	17,7
Schuldenstand	187,1	209,9	229,1	246,2	261,9	282,3	300,4
Zinsausgaben	13,6	15,8	17,1	18,2	19,3	19,5	20,3
<b>Gemeinden (West)</b>							
Nettokreditaufnahme	6,4	2,7	1,2	1,1	1,8	3,2	2,3
Schuldenstand	99,1	101,7	102,8	103,7	105,2	108,0	109,5
Zinsausgaben	8,5	8,1	7,8	7,7	7,4	7,2	7,1
<b>Länder (Ost)</b>							
Nettokreditaufnahme	.	.	.	.	.	.	.
Schuldenstand	.	.	.	.	.	.	.
Zinsausgaben	.	.	.	.	.	.	.
<b>Gemeinden (Ost)<sup>3)</sup></b>							
Nettokreditaufnahme	.	.	.	.	.	.	.
Schuldenstand	.	.	.	.	.	.	.
Zinsausgaben	.	.	.	.	.	.	.
<b>ERP</b>							
Nettokreditaufnahme	0,6	0,4	0,9	– 0,2	0,1	– 0,7	0,3
Schuldenstand	5,2	5,6	6,5	6,3	6,4	5,7	5,9
Zinsausgaben	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4
<b>Fonds „Deutsche Einheit“</b>							
Nettokreditaufnahme	.	.	.	.	.	.	.
Schuldenstand	.	.	.	.	.	.	.
Zinsausgaben	.	.	.	.	.	.	.
<b>KAF/Erblastentilgungsfonds</b>							
Nettokreditaufnahme	.	.	.	.	.	.	.
Schuldenstand <sup>4)</sup>	.	.	.	.	.	.	.
Zinsausgaben	.	.	.	.	.	.	.

## Nettokreditaufnahme, Schuldenstände und Zinsausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
	– Mrd. DM –						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Nettokreditaufnahme	68,2	56,2	49,8	40,5	41,6	48,7	55,6
Schuldenstand <sup>1)</sup>	608,0	667,0	711,9	756,6	794,3	844,1	899,0
dgl. in v. H. des BSP	38,2	39,8	40,4	41,2	41,0	42,1	42,6
dgl. in DM je Einwohner	9 864	10 859	11 637	12 398	13 007	13 820	14 630
Zinsausgaben	44,7	51,0	53,1	55,6	57,5	58,2	60,1
dgl. in DM je Einwohner	725	830	868	911	942	953	978
dgl. in v. H. der Ausgaben	8,0	8,9	9,1	9,2	9,1	8,9	9,0
dgl. in v. H. der Steuereinnahmen	11,8	12,9	12,8	12,7	12,7	12,4	12,3

Noch: NKA, Schuldenstand und Zinsausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts.

	1989	1990	1991	1992	1993 <sup>5)</sup>	1994 <sup>5)</sup>	1995 <sup>5)</sup>
	– Mrd. DM –						
<b>Bund</b>							
Nettokreditaufnahme	19,2	46,7	52,0	38,6	67,6	67,5	67,0
Schuldenstand	490,5	542,2	586,4	606,7	670½	738	805
Zinsausgaben	32,1	34,2	39,6	43,8	45,5	52,9	56,6
<b>Länder (West)<sup>2)</sup></b>							
Nettokreditaufnahme	11,3	18,2	20,7	13,9	25	25	28½
Schuldenstand	307,6	326,4	344,6	364,7	389½	414½	443
Zinsausgaben	21,0	21,9	23,9	25,2	26½	28	30
<b>Gemeinden (West)</b>							
Nettokreditaufnahme	2,0	2,9	5,6	7,7	10½	9	8½
Schuldenstand	111,5	114,4	119,6	126,8	137	146	154
Zinsausgaben	7,2	7,7	8,5	9,3	10	10½	11½
<b>Länder (Ost)<sup>2)</sup></b>							
Nettokreditaufnahme	.	.	9,5	13,6	16	21	2½
Schuldenstand	.	.	3,6	19,3	35½	56½	59
Zinsausgaben	.	.	0,0	0,3	1	2½	3½
<b>Gemeinden (Ost)<sup>3)</sup></b>							
Nettokreditaufnahme	.	.	6,2	5,9	11½	10½	11½
Schuldenstand	.	.	7,6	12,2	24	34½	46
Zinsausgaben	.	.	0,2	0,5	½	1	2
<b>ERP</b>							
Nettokreditaufnahme	1,1	2,2	7,0	8,0	9½	9	7
Schuldenstand	6,8	9,3	16,3	24,3	34	43	49½
Zinsausgaben	0,4	0,5	0,8	1,3	2	3	3½
<b>Fonds „Deutsche Einheit“</b>							
Nettokreditaufnahme	.	20,0	31,0	23,6	14	3	– 2
Schuldenstand	.	19,8	50,5	74,4	88	92	90½
Zinsausgaben	.	0	2,1	4,4	6½	7	7½
<b>KAF/Erblastentilgungsfonds</b>							
Nettokreditaufnahme	.	0	0	– 0,5	½	0	– 1½
Schuldenstand <sup>4)</sup>	.	27,6	27,5	91,7	109	121	393½
Zinsausgaben	.	0	1,7	15,3	13	12	33

	1989	1990	1991	1992	1993 <sup>5)</sup>	1994 <sup>5)</sup>	1995 <sup>5)</sup>
	– Mrd. DM –						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Nettokreditaufnahme	33,6	90,1	132,0	110,8	154½	145	116
Schuldenstand <sup>1)</sup>	924,8	1 048,8	1 166,0	1 331,5	1 499	1 656½	2 052½
dgl. in v. H. des BSP	41,1	43,0	41,3	44,1	48½	51	59½
dgl. in DM je Einwohner	14 901	16 581	14 578	16 521	18 500	20 300	25 000
Zinsausgaben	60,8	64,3	76,7	100,2	105	117½	147½
dgl. in DM je Einwohner	980	1 017	959	1 243	1 300	1 400	1 800
dgl. in v. H. der Ausgaben	8,7	7,9	7,9	9,4	9½	10	12
dgl. in v. H. der Steuereinnahmen	11,4	11,4	11,6	13,7	14	15	17

Noch: NKA, Schuldenstand und Zinsausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts.

Hinweise:

Stand: Bund und Sonderrechnungen: Finanzplan;  
Länder und Gemeinden: Finanzplanungsrat v. 27. Mai 1993,  
korrigiert um Steuerrechtsänderungen (StandOG, SKWPG)

Anmerkung: Die „Nettokreditaufnahme“ bezeichnet den Betrag, der zur Defizitfinanzierung in einem Haushaltsjahr aufgenommen werden muß. Sie ist nicht notwendig mit einer Schuldenstandsänderung identisch. Diese ergibt sich vielmehr im wesentlichen aus der tatsächlichen Kreditaufnahme am Kapitalmarkt in einem Kalenderjahr (Nettoneuverschuldung) und evtl. Schuldenübernahmen.

- 1) Alle Ebenen: Schuldenstand definiert als „Kreditmarktschulden im weiteren Sinne“ (einschl. Ausgleichsforderungen, aber ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten).  
Öffentlicher Gesamthaushalt: einschl. Zweckverbände; bis 1994 wegen ungeklärter Rechtslage ohne kommunale Wohnungswirtschaft-Ost; ab 1995 gekappte Wohnungsbauschulden im Erblastentilgungsfonds; ohne Bundesseisenbahnvermögen.

2) Ab 1991: Länder West einschl. Berlin, Länder Ost ohne Berlin; entsprechend der Darstellung der Schuldenstandsstatistik.

3) Ohne kommunale Wohnungswirtschaft-Ost und Schulden der „gesellschaftlichen Einrichtungen“.

4) Der Kreditabwicklungsfonds geht ab 1995 im Erblastentilgungsfonds auf. Auch danach werden noch Ausgleichsforderungen zugeteilt: Erst 1996 wird die Gesamtschuld des KAF von 140 Mrd. DM erreicht. Daneben übernimmt der Erblastentilgungsfonds die bis Ende 1994 aufgelaufenen finanziellen Verbindlichkeiten der Treuhandanstalt (rd. 230 Mrd. DM) und die den Betrag von 150 DM/qm übersteigenden Altschulden der ehemaligen staatlichen Wohnungswirtschaft der DDR (rd. 31 Mrd. DM). Die nach Auslaufen des bis Ende 1993 befristeten Moratoriums zwischen Wohnungs- und Kreditwirtschaft vom 1. Januar 1994 bis zum 30. Juni 1995 anfallenden Zinsen für die Altschulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft in Höhe von etwa 7 Mrd. DM werden von Bund und den neuen Ländern je zur Hälfte übernommen.

5) Schätzung.

Die Darstellung entspricht der Abgrenzung der amtlichen Schuldenstatistik. Dazu kommen die von den Gemeinden der neuen Länder derzeit teilweise noch nicht anerkannten Schulden für „gesellschaftliche Einrichtungen“. Ferner ist zu erwarten, daß das zu gründende Bundesseisenbahnvermögen dem öffentlichen Sektor zuzurechnen ist. Aus heutiger Sicht wird es sich um folgende Beträge handeln:

	1993	1994	1995
	– Mrd. DM –		
<b>Gesellschaftliche Einrichtungen</b>			
Schuldenstand	6½	6½	6½
Zinsausgaben		½	½
<b>Bundeseisenbahnvermögen</b>			
Nettokreditaufnahme	–	7½	7½
Schuldenstand	–	74	81½
Zinsausgaben	–	5	5½
Daraus ergibt sich als Verschuldung des Öffentlichen Gesamthaushalts:			
	1993	1994	1995
	– Mrd. DM –		
Schuldenstand in v. H. des BSP	1 505 48½	1 736½ 53½	2 140½ 62

Durch die Übernahme von Unternehmensschulden (Bundeseisenbahnvermögen, Treuhandanstalt, ehemalige staatliche Wohnungswirtschaft der DDR) in den öffentlichen Sektor übersteigt die Schuldenquote vorübergehend die 60 %-Marke. Diese Schuldübernahmen, die nicht zu einer zusätzlichen Kapitalmarktbela stung führen, überdecken bis 1995 die Erfolge der Konsolidierungspolitik. Ab 1996 wird die Schulden quote wieder sinken.

#### Bahnen, Post und Treuhandanstalt

Bundesbahn, Reichsbahn, Bundespost und Treuhandanstalt sind Unternehmen – keine öffentlichen Haushalte. Nettokreditaufnahme, Schuldenstand und Zinsausgaben von Bahnen und Post sind der Übersicht zu entnehmen.

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
	– Mrd. DM –						
<b>Deutsche Bundesbahn</b>							
Nettokreditaufnahme	1,6	– 0,1	– 0,1	0,4	1,9	2,8	1,9
Schuldenstand	36,0	33,8	35,8	36,2	38,0	40,8	42,7
Zinsausgaben	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	3,0	3,1
<b>Deutsche Reichsbahn</b>							
Nettokreditaufnahme	–	–	–	–	–	–	–
Schuldenstand	–	–	–	–	–	–	–
Zinsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
<b>Deutsche Bundespost</b>							
Nettokreditaufnahme	3,0	2,2	2,7	4,5	4,7	6,1	3,0
Schuldenstand	40,9	43,1	45,8	50,3	55,0	61,1	64,1
Zinsausgaben	2,3	2,3	2,3	2,5	2,7	2,8	3,1
	1989	1990	1991	1992	1993 <sup>1)</sup>	1994 <sup>1)</sup>	1995 <sup>1)</sup>
	– Mrd. DM –						
<b>Deutsche Bundesbahn</b>							
Nettokreditaufnahme	1,3	3,0	3,4	7,0	8	–	–
Schuldenstand	44,0	47,1	37,9 <sup>2)</sup>	44,9	53,3	–	–
Zinsausgaben	3,1	3,4	3,0	3,5	3½	–	–
<b>Deutsche Reichsbahn</b>							
Nettokreditaufnahme	–	–	1,9	3,4	5	–	–
Schuldenstand	–	3,2	5,1	8,5	13½	–	–
Zinsausgaben	–	–	0,4	0,6	1	–	–
<b>Deutsche Bundespost</b>							
Nettokreditaufnahme	2,0	4,8	10,3	15,4	12½	10	10
Schuldenstand	66,2	71,0	81,3	96,6	109	119	129
Zinsausgaben	3,1	5,3	5,5	6,9	8	8½	9½

1) Schätzung.

2) Einschließlich 12,6 Mrd. DM Schuldübernahme durch den Bund.

Die Neuverschuldung der Treuhandanstalt betrug 1990 (2. Halbjahr) 4,3 Mrd. DM, 1991 19,9 Mrd. DM und 1992 29,6 Mrd. DM. 1993 wird sich die Neuverschuldung auf rd. 37 Mrd. DM belaufen. Für 1994 sieht die bisherige Planung eine Neuverschuldung von 44 Mrd. DM vor, davon entfallen 6 Mrd. DM auf die Zinserstattung an den Kreditabwicklungsfonds, die nicht auf den Kreditrahmen der Treuhandanstalt nach dem Treuhandkreditaufnahmegesetz angerechnet werden.

Nach 1994 sollen die Defizite der Treuhandanstalt nicht mehr durch eigene Kreditaufnahme, sondern unmittelbar aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Für 1995 sind hierfür in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes 7,5 Mrd. DM eingestellt.

Die Gesamtverschuldung der Treuhandanstalt betrug 1990 (2. Halbjahr) 14,1 Mrd. DM, 1991 42,1 Mrd. DM und 1992 111,0 Mrd. DM. Die Bundesregierung rechnet für Ende 1993 mit einer Gesamtverschuldung in Höhe von 177 Mrd. DM und Ende 1994 von 230 Mrd. DM. Diese Finanzschulden werden zum 1. Januar 1995 vom Erblastentilgungsfonds übernommen.

Die Zinsausgaben der Treuhandanstalt beliefen sich 1990 (2. Halbjahr) auf 4,4 Mrd. DM, 1991 9,9 Mrd. DM und 1992 8,3 Mrd. DM. Die Bundesregierung geht für 1993 von Zinsausgaben in Höhe von 10,5 Mrd. DM und 1994 von 13,5 Mrd. DM aus. Infolge des Übergangs der Finanzschulden der Treuhandanstalt auf den Erblastentilgungsfonds fallen ab 1995 keine Zinsausgaben an.

#### Förderbanken des Bundes

Den Kreditinstituten des Bundes, der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Deutschen Ausgleichsbank und der (im Jahr 1992 privatisierten) Berliner Industriebank wurde zwar u. a. die Aufgabe übertragen, die deutsche Wirtschaft zu fördern, gleichwohl sind auch die Förderbanken des Bundes nicht dem öffentlichen, sondern dem Unternehmenssektor zuzuordnen. Ihre Geschäftstätigkeit ist nicht in den Kategorien der Finanzstatistik zu fassen. Als Maßstab für die Entwicklung mag die Höhe der zur Investitionsförderung getätigten Kreditzusagen herangezogen werden:

	1982	Kreditzusagen (Mrd. DM) <sup>1)</sup>			
		1989	1990	1991	1992
Kreditanstalt für Wiederaufbau	4,8	16,4	20,3	31,9	29,0
Deutsche Ausgleichsbank	1,4	4,6	9,4	14,8	13,3
Berliner Industriebank	0,7	1,6	2,4	4,9	4,7

1) Einschließlich betreuter ERP-Programme.

Für die Jahre 1993 bis 1995 kann der Umfang der Kreditvergabe gegenwärtig nicht beziffert werden.

16. Wie hoch war die Defizitquote – Nettokreditaufnahme einschließlich der Defizite der Sozialversicherung in v. H. des Bruttosozialprodukts – in den Jahren 1982 bis einschließlich 1992?

Wie hoch sind nach Einschätzung der Bundes-

regierung die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1993 bis 1995?

Welches sind – nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung – die entsprechenden Quoten für die USA, Japan und die EG-Mitgliedstaaten?

**Defizitquote im internationalen Vergleich  
(in v. H. des BIP)**

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Deutschland c) a)	– 3,3	– 2,6	– 1,9	– 1,2	– 1,3	– 1,9	– 2,2	+ 0,1	– 2,0	– 3,2	– 2,8	– 4	– 3½
b)	– 3,3	– 2,6	– 1,9	– 1,2	– 1,3	– 1,9	– 2,2	+ 0,1	– 2,0	– 3,2	– 2,8	– 4,1	– 4,1
USA	– 3,4	– 4,1	– 2,9	– 3,1	– 3,4	– 2,5	– 2,0	– 1,5	– 2,5	– 3,4	– 4,7	– 3,8	– 2,9
Japan	– 3,6	– 3,6	– 2,1	– 0,8	– 0,9	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,1	– 0,1
Belgien	– 11,2	– 11,6	– 9,4	– 8,8	– 9,1	– 7,3	– 6,5	– 6,4	– 5,7	– 6,5	– 6,8	– 6,6	– 5,5
Dänemark	– 9,1	– 7,2	– 4,1	– 2,0	+ 3,4	+ 2,4	+ 0,6	– 0,5	– 1,5	– 2,2	– 2,5	– 3,8	– 4,2
Frankreich	– 2,8	– 3,2	– 2,8	– 2,9	– 2,7	– 1,9	– 1,7	– 1,3	– 1,5	– 2,1	– 3,9	– 5,7	– 5,8
Griechenland	– 7,6	– 8,6	– 10,2	– 14,5	– 12,6	– 12,3	– 13,8	– 17,7	– 18,6	– 15,2	– 10,6	– 10,4	– 10,1
Irland	– 13,1	– 11,0	– 9,1	– 10,5	– 10,3	– 8,2	– 4,0	– 1,1	– 1,8	– 1,8	– 2,8	– 3,7	– 3,9
Italien	– 11,3	– 10,7	– 11,6	– 12,6	– 11,6	– 11,0	– 10,7	– 9,9	– 10,9	– 10,2	– 9,5	– 9,5	– 8,3
Luxemburg	– 1,6	+ 1,5	+ 2,8	+ 6,0	+ 4,4	+ 2,5	+ 3,3	+ 5,5	+ 5,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,4	.
Niederlande	– 6,8	– 6,2	– 6,1	– 4,6	– 4,4	– 6,0	– 4,6	– 4,8	– 4,9	– 2,5	– 3,3	– 3,6	– 3,1
Portugal	– 7,6	– 10,1	– 7,1	– 7,4	– 6,4	– 7,3	– 5,4	– 3,2	– 5,0	– 6,1	– 5,1	– 4,6	– 4,3
Spanien	– 5,4	– 4,6	– 5,3	– 6,9	– 6,0	– 3,1	– 3,2	– 2,8	– 3,9	– 5,0	– 4,8	– 5,4	– 5,7
Vereinigtes Königreich	– 2,5	– 3,3	– 3,9	– 2,9	– 2,4	– 1,3	+ 1,0	+ 0,9	– 1,3	– 2,9	– 6,7	– 8,3	– 7,4

Quelle: Für 1982 bis 1986: OECD Economic Outlook Nr. 50, Dezember 1991;

für 1987 bis 1994: OECD, Economic Outlook Nr. 53, Juni 1993;

für Deutschland: a) nationale Unterlagen,

b) OECD,

c) ab 1991 Gebietsstand nach dem 3. Oktober 1990;

für Luxemburg: EG-Kommission, The Economic and Financial Situation in Luxembourg, September 1992.

17. Wie hoch war der Anteil der Gesamtverschuldung – einschließlich der Schulden der in Frage 11 genannten Sonderhaushalte – am jeweiligen Brutto- sozialprodukt (Staatschuldenquote) in den Jahren 1982 bis 1992?

Wie hoch sind nach dem derzeitigen Kenntnis-

stand der Bundesregierung die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1993 bis 1995?

Welches sind – nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung – die entsprechenden Quoten für die USA, Japan und die EG-Mitgliedstaaten?

Staatschuldenquote im internationalen Vergleich  
(in v. H. des BIP)

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Deutschland	c) a)	38,2	39,8	40,4	41,5	41,3	42,4	42,9	41,6	43,4	41,7	44,3	48½
	b)	39,6	41,0	41,7	42,5	42,5	43,8	44,4	43,2	43,6	42,0	43,2	46,6
USA		41,3	44,3	45,2	48,3	51,3	52,6	53,2	54,0	56,2	59,8	63,2	65,1
Japan		60,9	66,5	67,9	68,7	72,3	74,9	72,8	70,6	69,8	68,2	66,2	66,0
Belgien		102,3	113,4	118,5	122,6	127,0	131,8	133,2	130,5	131,2	133,2	135,3	140,0
Dänemark		53,0	61,6	65,9	64,1	58,3	55,9	58,0	58,5	59,5	60,7	62,4	65,7
Frankreich		40,1	41,4	43,8	45,4	45,7	47,2	46,8	47,5	46,6	48,6	51,6	56,7
Griechenland		36,1	41,2	49,5	57,9	58,6	64,7	71,5	76,3	88,7	95,9	92,4	90,9
Irland		92,2	109,0	104,8	107,9	119,9	120,6	118,2	108,0	101,7	99,8	96,8	95,1
Italien		66,4	72,0	77,4	84,3	88,2	92,6	94,8	97,9	100,5	104,0	108,1	114,5
Luxemburg		14,5	14,8	15,0	14,0	13,5	11,9	9,9	8,4	7,3	6,3	5,3	4,6
Niederlande		55,5	61,9	64,5	67,9	69,6	73,5	76,2	76,3	76,1	75,8	77,0	79,7
Portugal		.	.	70,9	69,5	72,9	75,2	72,1	68,4	68,5	66,2	66,3	.
Spanien		29,0	35,0	43,8	48,8	49,9	49,4	45,7	47,0	46,8	49,3	51,9	55,7
Vereinigtes Königreich		52,9	53,1	54,4	52,7	51,1	48,6	42,2	36,8	34,7	35,4	41,0	47,8
													52,5

Quelle: Für 1982 bis 1983: OECD Economic Outlook Nr. 49, Juli 1991;  
für 1984 bis 1994: OECD, Economic Outlook Nr. 53, Juni 1993;  
für Luxemburg: EG-Kommission, The Economic and Financial Situation in Luxembourg, September 1992;  
für Portugal: EG-Kommission: Jahreswirtschaftsbericht 1993 (Europäische Wirtschaft Nr. 54);  
für Deutschland: a) in der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung,  
b) OECD,  
c) ab 1991 Gebietsstand nach dem 3. Oktober 1990,  
d) einschl. Bundesseisenbahnvermögen 53½ v. H.

18. Wie hoch war die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand pro Kopf der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1982 bis 1992?

Wie hoch sind die entsprechenden Zahlen nach dem derzeitigen Kenntnisstand der Bundesregierung in den Jahren 1993 bis 1995?

19. Welche jährliche Zinsbelastung ergab sich aus den einzelnen Haushaltsbereichen – Bund, Länder und Gemeinden; Sonderhaushalte (Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, ab 1990: Fonds „Deutsche Einheit“, Kreditabwicklungs- fonds, ostdeutsche Wohnungswirtschaft), Treuhandanstalt (ab 1990), Deutsche Bahnen, Deutsche Bundespost und Förderbanken des Bundes (Kreditanstalt für Wiederaufbau, Deutsche Ausgleichsbank, Berliner Industriebank) – in den Jahren 1982 bis 1992?

Mit welcher jährlichen Zinsbelastung rechnet die Bundesregierung entsprechend – einschließlich Erblastenfonds – in den Jahren 1993 bis 1995?

20. Mit welcher jährlichen Gesamtzinsbelastung rechnet die Bundesregierung für die in Frage 18 ange- sprachene Schuldenlast des gesamten öffentlichen Sektors in den Jahren 1993 bis 1995?

Wie belaufen sich die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1982 bis 1992?

21. Mit welcher jährlichen Gesamtzinsbelastung pro Kopf der Bevölkerung rechnet die Bundesregie- rung für die in Frage 15 angesprochene Schulden- last des gesamten öffentlichen Sektors in den Jah- ren 1993 bis einschließlich 1995?

Wie belaufen sich die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1982 bis 1992?

22. Wie hoch war der Anteil der Zinsausgaben für die Schuldenlast des gesamten öffentlichen Sektors an den Gesamtausgaben (Zinslast-Quote) in den Jahren 1982 bis 1992?

Wie entwickelt sich nach Einschätzung der Bun- desregierung die Zinslast-Quote in den Jahren 1993 bis einschließlich 1995?

23. Wie hoch war der Anteil der Zinsausgaben an den Steuereinnahmen (Zinssteuer-Quote) in den Jah- ren 1982 bis 1992?

Wie entwickelt sich nach Einschätzung der Bun- desregierung die Zinssteuer-Quote in den Jahren 1993 bis einschließlich 1995?

Die Beantwortung der Fragen 17 bis 23 ergibt sich aus o. g. Antworten zu den Fragen 11 bis 15.

24. Wie entwickelte sich das Verhältnis von öffentlichen Investitionen (Bundesausgaben) zur Nettokreditaufnahme des Bundes in den Jahren 1980 bis 1992?

Welche Zahlen ergeben sich nach Kenntnisstand der Bundesregierung für die Jahre 1993 bis 1995?

Jahr	Bundeshaushalt		
	Nettokredit- aufnahme – NKA –	Investive Ausgaben	NKA: Invest. Ausg.
	– Mio. DM –		in v. H.
1980	27 108	31 461	86,2
1981	37 390	30 504	122,6
1982	37 175	32 014	116,1
1983	31 475	31 297	100,6
1984	28 305	33 574	84,3
1985	22 386	33 399	67,0
1986	22 926	32 824	69,8
1987	27 455	33 253	82,6
1988	35 388	33 374	106,0
1989	19 226	36 186	53,1
1990*)	46 727		
1991	52 028	61 507	84,6
1992	38 620	65 816	58,7
1993	67 570	67 856	99,6
1994	67 500	64 828	104,1
1995	67 000	69 208	96,8

1980 bis 1992 = Ist-Ergebnis.

1993 = Soll einschließlich Nachtrag.

1994 = Reg.-Entwurf.

1995 = Finanzplan.

\*) Einschließlich Haushalt der ehem. DDR für das 2. Halbjahr, investive Ausgaben nicht bestimmbar.

Quelle: Finanzbericht 1994, S. 179f. und S. 198ff.

25. Wie ist das Finanzergebnis der einzelnen Zweige der Sozialversicherungen – aufgeteilt nach dem ost- und westdeutschen Ergebnis – in den Jahren 1990 bis 1992?

Welches Ergebnis erwartet die Bundesregierung in den Jahren 1993 bis 1994?

	Finanzergebnis	West	Ost
		in Mrd. DM	
Renten- versicherung	1990	+ 10,44	<sup>a)</sup>
	1991	+ 11,53	+ 1,21
	1992	+ 8,82	ausgeglichen
Kranken- versicherung	1990	+ 5,49	<sup>a)</sup>
	1991	- 5,19	+ 2,38
	1992	- 7,71	+ 1,88
Bundesanstalt für Arbeit	1990	+ 0,23	<sup>a)</sup>
	1991	+ 7,6	ausgeglichen <sup>b)</sup>
	1992	- 3,43	ausgeglichen <sup>c)</sup>

Quelle: Statistisches Bundesamt in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

a) Für 1990 werden vom Statistischen Bundesamt keine Finanzierungssalden für Ostdeutschland veröffentlicht.

b) Ausgleich durch Transfers vom Westen und vom Bund in Höhe von 21 Mrd. DM.

c) Ausgleich durch Transfers vom Westen und vom Bund in Höhe von 35 Mrd. DM.

Für 1993 und 1994 erwartet die Bundesregierung in der Rentenversicherung nach Rückgriff auf die Rücklagen und unter Anhebung des Beitragssatzes 1994 ein ausgeglichenes Ergebnis. In der Krankenversicherung könnten wegen des Gesundheitsstrukturgesetzes Überschüsse entstehen. Für die Bundesanstalt für Arbeit wird von einem Bundeszuschuß von 18 Mrd. DM 1993 ausgegangen. Auch 1994 ist mit einem Bundeszuschuß zu rechnen, dessen Höhe derzeit noch nicht feststeht.

26. Wie hoch waren die Beitragssätze in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung in den Jahren 1982 bis einschließlich 1993?

Mit welchen Beitragssätzen rechnet die Bundesregierung in den Jahren 1994 und 1995?

#### Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung

Jahr	Renten- versicherungen der Arbeiter und Angestellten	Knappschaftliche Renten- versicherung	Kranken- versicherung <sup>1)</sup>	BA
	Beitragssätze in % des Bruttoarbeitsentgelts <sup>2)</sup>			
<b>Früheres Bundesgebiet</b>				
1970/71	8,5	8,5	4,1	0,65
1975	9,0	8,5	5,25	1,0
1980	9,0	8,5	5,7	1,5
1981	9,25	9,0	5,9	1,5
1982	9,0	8,75	6,0	2,0
1983	9,25 ab Sept.	9,0 ab Sept.	5,9	2,3
1984	9,25	9,25	5,7	2,3
1985	9,35	9,35	5,9	2,2
1985	9,6 ab Juni	9,6 ab Juni		2,05 ab Juni
1986	9,6	9,6	6,1	2,0
1987	9,35	9,35	6,3	2,15
1988	9,35	9,35	6,45	2,15
1989	9,35	9,35	6,45	2,15
1990	9,35	9,35	6,25	2,15
1991	8,85 ab April	8,85 ab April	6,1	3,4 ab April
1992	8,85	8,85	6,35	3,15
1993	8,75	8,75	6,35 <sup>3)</sup>	3,25
<b>Neue Länder</b>				
1990	9,35 2. Halbj.	9,35 2. Halbj.	6,4 2. Halbj.	2,15 2. Halbj.
1991	8,85 ab April	8,85 ab April	6,4	3,4 ab April
1992	8,85	8,85	6,3	3,15
1993	8,75	8,75	6,3 <sup>3)</sup>	3,25

1) Ab 1970 durchschnittlicher Beitragssatz für Mitglieder mit Entgeltfortzahlungsanspruch für mindestens sechs Wochen.

2) Für die Arbeitgeberbeiträge gelten die gleichen Sätze mit Ausnahme der KnRV (z. B. ab 1. April 1991 Arbeitgeberbeitrag 14,0 %).

3) Schätzung.

1994 wird der Beitragssatz in der Rentenversicherung voraussichtlich auf über 19 v. H. (also über 9,5 v. H. für Arbeitnehmer) ansteigen; genauere Berechnungen werden derzeit zusammen mit den Rentenversicherungsträgern erstellt. In der Kranken- und Arbeitslosenversicherung dürften sich die Beitragssätze 1994

voraussichtlich auf dem jeweiligen Vorjahresniveau bewegen.

1994 wird für die Pflegeversicherung voraussichtlich ein Beitragssatz von 1 v. H. erhoben werden.

---

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44  
ISSN 0722-8333